Stuttgart links

Deutsche Kommunistische Partei
Kreis Stuttgart

Juni 2018

Die Privatisierer Seite 2

Grünes Wurzelwerk Seite 3

Neues Polizeigesetz in Baden-Württemberg Seite 4

Klinikum Stuttgart

Trotz Wohnungsnot: Personalwohnungen in Bad Cannstatt werden abgerissen

In Bad Cannstatt sollen im Herbst 2019 drei Gebäude der SWSG mit Personalunterkünften, für die das Klinikum Stuttgart das Belegungsrecht hat, abgerissen werden. An ihrer Stelle soll neu gebaut werden, und die neuen Wohnungen und Appartements sollen einem Teil der bisherigen Mieter neu angeboten werden – zu wesentlich schlechteren Bedingungen. Nach Aussagen Betroffener wird nur fest angestellten Beschäftigten Ersatzwohnraum angeboten.

Bereits in der Betriebszeitung „Rote Spritze“ vom September 2016 haben wir auf die Hintergründe dieser Entwicklung hingewiesen.

Spätestens seit 2005 versucht die Geschäftsführung des Klinikums, die Personalunterkünfte loszuwerden. Es wäre Aufgabe der Stadtverwaltung gewesen, die Personalwohnheime des Klinikums als städtisches Eigentum zu unterhalten und Aufgabe der Klinikgeschäftsführung, die entsprechenden Gelder bei der Stadt einzufordern. Stattdessen hat man die Personalunterkünfte vor sich hin gammeln lassen – trotz Dienstvereinbarung mit dem Personalrat, dass jährlich zwei Millionen Euro zur Renovierung und Instandhaltung aufgebracht werden. Um dieser Verpflichtung zu entgehen, wurde der Wohnungsbestand an die SWSG zum Preis von 23 Mio. Euro übereignet. Mit der Übereignung wird der Verlust von weiteren 280 Wohneinheiten zementiert. 770 Personalunterkünfte sollen erhalten bleiben, bei zeitweiser Reduzierung durch Abriss und Umbau auf nur 330.

770 Personalwohnungen für die allein ca. 700 Auszubildenden im Klinikum, von denen viele von weit her und direkt aus dem Elternhaus z.B. in die Krankenpflegeschule kommen. Die übrigen 7000 Beschäftigten des Klinikums sind auf den katastrophalen Stuttgarter Wohnungsmarkt angewiesen und konkurrieren dort mit anderen verzweifelten Wohnungssuchenden.

Fortsetzung Seite 2

Rüstungsunternehmen raus aus unseren Schulen!

Der Mischkonzern Thales erwirtschaftete 2016 in Deutschland knapp ein Drittel des Umsatzes mit Militärtechnik. Thales Deutschland hat seinen Hauptsitz in Ditzingen, wo ca. 1500 Beschäftigte arbeiten. U.a. ist Thales an Feuerleittechnik für Marineschiffe und andere Waffensysteme beteiligt. So sollten die an Saudi-Arabien zu liefernden Panzerhaubitzen und Leopard II Panzer mit Technik von Thales ausgestattet werden. In Ditzingen sind die Verwaltung der Bahnsparte und die Defence & Security Systems angesiedelt. Thales war „Goldsponsor“ der ITEC-Kriegsmesse in Stuttgart. Im März 2017 hat Thales Deutschland mit dem Gymnasium und der Realschule Glemsaue in Ditzingen Bildungspartnerschaften vereinbart. Laut Schulgesetz Baden-Württemberg von 1983 soll die Schule „Menschlichkeit und Friedensliebe“ fördern. Bildungspartnerschaften mit Rüstungsproduzenten sind damit unvereinbar!

Protest anlässlich des Prozessauftakts gegen Heckler&Koch

Kriegsprofiteure von Heckler & Koch angeklagt

Kaum hat der Prozess gegen ehemalige Manager und Mitarbeiter der deutschen Rüstungsschmiede Heckler & Koch vor dem Stuttgarter Landgericht nach acht Jahren seit Anzeige endlich begonnen, werden neue Korruptionsvorwürfe bekannt: 10000 Euro für den CDU-Kreisverband Rottweil, Wahlkreis von Volker Kauder und Konzernsitz von Heckler & Koch, und zweimal 5000 Euro für FDP-Bundestagsabgeordnete? Dessen damaliger Manager Beyerle habe Kauder drei Wochen nach der Überweisung gebeten, ihn bei der Genehmigung von Waffenexporten zu unterstützen. „Diese Form der Korruption wäre todbringend,

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Auch wenn bei Abriss und Neubau oder Renovierung ein frisch renoviertes Appartement grundsätzlich attraktiver scheint – mangels Verfügbarkeit während der Bauzeit wird die Wiederbesetzung von Stellen z.B. im schlecht bezahlten Pflegedienst zusätzlich erschwert. Dabei wird ständig gepredigt, dass man kein Personal bekomme.

Profite mit der Miete

Dem Vernehmen nach sollen Mieterhöhungen auf 12,50 € je qm drohen, d.h. um 38,8% bis 123,2%! Durch die Übereignung städtischen Betriebswohnungsbestandes an die SWSG wurde nicht dem Bedarf an günstigem Wohnraum für die Beschäftigten entsprochen und damit die Einstellung dringend benötigten Personals erleichtert, sondern die Profitinteressen der SWSG stehen nun im Vordergrund.

Die Privatisierer

Klaus-Peter Murawski, Staatsminister in Baden-Württemberg und erklärter Freund von Wettbewerb, hat seine Zeit in der Grün/Roten Regierung gut genutzt.

Im Dezember 2015 hat die Landesregierung die Gemeindeordnung als Kommunalverfassung der Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg dahingehend geändert, dass es in Zukunft möglich ist, sogenannte Kommunalanstalten des öffentlichen Rechts zu schaffen. Damit besteht eine weitere Möglichkeit, Einrichtungen der Daseinsvorsorge aus den öffentlichen Haushalten auszugliedern und damit der Kontrolle der Öffentlichkeit weitgehend zu entziehen. Über wesentliche Dinge entscheidet nicht mehr der Gemeinderat in öffentlicher Sitzung, sondern ein Verwaltungsrat hinter verschlossenen Türen.

Schon zu seiner Zeit als Krankenhausbürgermeister in Stuttgart hat Klaus-Peter Murawski (Grüne) die Privatisierung des Klinikums Stuttgart betrieben. Die Umwandlung in eine GmbH scheiterte damals am Widerstand der Beschäftigten und der Stuttgarter Bevölkerung.

Nun soll mit der Kommunalanstalt für das Klinikum ein erster Schritt in die Privatisierung getan werden. Denn: Eine hübsch ausgestattete Kommunalanstalt, die nach unternehmerischen Grundsätzen geführt wird, verkauft sich in Zukunft leichter.

Murawski und alle, die öffentlichen Einrichtungen den Garaus machen wollen, sind einen Schritt weiter.

„Murawski gilt als durch und durch bürgerlicher Grüner - eine fast barocke Figur, die sich versteht aufs Repräsentieren, aber auch aufs Strippenziehen hinter den Kulissen.“ (StZ, 4.5.11)

Weitere Infos: www.rotepeperoni.de

FERIENLAGER '18

Übersicht:

Termine:	I. 22.07 – 04.08.2018 II. 28.07. – 11.08.2018
Ort:	Jugendzeltplatz Herrgottshübel
Alter:	9–14 Jahre

Bunt statt braun – jetzt erst recht!

So lautet unser Jahresthema 2018 – im Jahr nach dem Einzug einer klar rechten, in Teilen faschistischen Partei in den deutschen Bundestag. Wir wollen uns fragen: Wie urteilen wir über andere Menschen? Was macht uns Angst, was macht uns neugierig? Woher kommen Vorurteile – in der Schulklasse, in der Nachbarschaft, im ganzen Land? Und wie können wir aktiv werden gegen Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit?

denn in Mexiko wird seit Jahren mit Heckler&Koch-Waffen getötet und gemordet“, sagte der Friedensaktivist Jürgen Grässlin dazu. Das Geschäft mit dem Tod blüht solange, bis Waffenexporte verboten und Rüstungskonzerne enteignet werden.

Frieden geht anders! DGB: #NO2Percent

Der DGB-Bundeskongress hat sich gegen das 2-Prozent-Ziel der NATO und für die Unterstützung des Aufrufs „Abrüsten statt Aufrüsten“ ausgesprochen: “Die NATO Planung, die Rüstungsausgaben auf 2 Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP), zu erhöhen, bedeutet für Deutschland nahezu eine Verdopplung der Militärausgaben. Das 2-Prozent-Ziel der NATO, (…), sichert nicht den Frieden, sondern führt zu einer neuen Rüstungsspirale. Zwei Prozent des BIP für Rüstungsausgaben – das wären weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen: für Bildung, Hochschulen, Schulen und Kitas, für den sozialen Wohnungsbau, für kommunale und digitale Infrastruktur, für eine ökologische und soziale Gestaltung der Verkehrs- und Energiewende und für die Alterssicherung und mehr soziale Sicherheit. (...) Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für eine stärkere und bessere Kontrolle von Waffenexporten ein. (...) Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, sich gegen das 2-Prozent-Ziel bei Rüstungsausgaben zu engagieren. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern stattdessen verstärkte Initiativen für Abrüstung und Rüstungskonversion (...). Der DGB und seine Gliederungen werden ihre Zusammenarbeit mit Friedensinitiativen ebenso wie ihr Engagement und ihre Öffentlichkeitsarbeit für Frieden, Abrüstung und internationale Konfliktlösungen weiter verstärken, um zu verhindern, dass das 2-Prozent-Ziel bei den Rüstungsausgaben verwirklicht wird.”

Impressum
DKP
Deutsche Kommunistische Partei Kreis Stuttgart
Böblinger Str. 105
70199 Stuttgart
www.dkp-stuttgart.org

Grünes Wurzelwerk

Seitdem sich die Grüne Partei in den neunziger Jahren dem neoliberal begründeten Kapitalismus zugewendet hat, gibt es kein Halten mehr.

Die Vorgänge um die „International Unit“ (IU) des Stuttgarter Klinikums sind dafür ein gutes Beispiel.

Als vor Jahren das Defizit des Klinikbetriebs wegen chronischer Unterfinanzierung des Betriebs und fehlender Unterstützung bei den notwendigen Investitionen durch das Land wuchs, wurde nicht etwa um höhere Zuschüsse der Stadt Stuttgart zur Sicherstellung der Klinikversorgung für die Bevölkerung gekämpft. Man ordnete sich dem Sparditkat für die kommunalen Haushalte und der Schuldenbremse widerspruchslos unter. Von der Stadt und vom Land gab es nur Beträge, die zur Deckung der Defizite nicht ausreichten. Seit Jahr und Tag wird von der Landesregierung nur ein Teil der Krankenhausinvestitionen getragen, zu denen sie gesetzlich verpflichtet ist. Daher wird manch eine Baustelle durch Personalstellen finanziert. Die Krankenhausfinanzierung durch die Bundesgesetzgebung kann nur desaströs genannt werden.

> *„Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“*
>
> Fußnote in *Das Kapital* (Bd.1), Karl Marx

Stattdessen versuchten die Verantwortlichen mit der Geschäftsidee der Behandlung von Kranken aus dem mittleren Osten Geld zu machen. Mit fatalem Ausgang: Das Klinikum ist bei den Geschäften der internationalen Abteilung wohl Betrügern aufgesessen, es flossen „Schmiergeld oder Bakschisch“ (BM Föll). Der Schaden beträgt mindestens 20 Mio. €.

Das „grüne“ Ergebnis: Andreas Braun, der frühere Leiter der IU, sitzt in Untersuchungshaft, die zuständigen Bürgermeister Murawski (heute rechte Hand von Ministerpräsident Kretschmann im Staatsministerium) und Wölfle stehen womöglich vor ihrem Rücktritt. Die internationale Abteilung ist seit langem aufgelöst. Und die Finanzierung des Klinikums ist nach wie vor defizitär.

Das kommt davon, wenn man mit den Wölf(l)en (und Hyänen) des Kapitalismus heulen will und sich nicht um die vernünftige Finanzierung öffentlicher Aufgaben kümmert.

Anmelden zur Busfahrt
von Stuttgart (5:00 bis 20:00 Uhr)
bei: marc.kappler@verdi.de

Einladung zu den Treffen der DKP

Gruppe Nord:
Di. **19.06.2018**, Di. **03.07.2018** und Di. **17.07.2018**
19.00 Uhr, Bürgerzentrum Feuerbach, 1. Stock, Stuttgarter Str. 15 bei OBI, Eingang Roserplatz
(Haltestelle Feuerbach Bahnhof)

Gruppe Cannstatt:
Di. **10.07.2018**,
19.00 Uhr, Gaststätte Äquator, Kreuznacher Str. 57, Cannstatt
(Nähe Wilhelmsplatz)

Gruppe Gesundheitswesen:
Di. **17.07.2018**, um 19.00 Uhr,
Linkes Zentrum Lilo Herrmann, Böblinger Str. 105, Stuttgart-Heslach
(Haltestelle Erwin-Schöttle Platz)

Gruppe Süd:
Zu erreichen über:
sued@dkp–stuttgart.org

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar.
DKP Stuttgart, Spendenkonto:
IBAN: DE03600501010002078906
BIC: SOLADEST600

Aushebelung des Rechtsstaats auch in Baden-Württemberg

Passkontrolle mit Maschinengewehr im Anschlag? Nächtliche Hausdurchsuchung bei Hinz und Kunz? Racial Profiling und parallel dazu fromme Mahnworte in Solingen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus? Zeitgleich die Verabschiedung des EU-Datenschutzgesetzes, das für unerwünschte Werbung gilt, nicht aber für den Staatsapparat.

Rechtsstaat wird weiter ausgehöhlt

Das am 15.Mai in Bayern verabschiedete neue Polizeiaufgabengesetz hat als gewünschtes Modell im Voraus fast schon seinen Nachfolger. Es ist von der Öffentlichkeit unbemerkt in Baden-Württemberg bereits im letzten November realisiert worden. Das ewige Killerargument des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus und die vorsorgliche Verurteilung sogenannter „Gefährder" mag den Bürger in Sicherheit wiegen. Dass das neue Polizeigesetz in seiner Gesamtheit jedoch auf die Aushebelung des Rechtsstaats hinausläuft, wird erst deutlich, wenn man sich nicht auf die öffentlichen Verlautbarungen beschränkt, sondern sich die einzelnen Paragraphen genau anschaut. Die aus den Erfahrungen des Faschismus nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführte Trennung von Justiz und Exekutive wird zugunsten einer Machtkonzentration in polizeilichen Händen geopfert.

Zunehmende Überwachung

Maßnahmen wie das Abhören von Telefonaten, das Mitlesen bei der Internet-Kommunikation und – schlimmer – die Veränderung von Nachrichten, womit Schuld konstruiert werden kann, willkürliche Verhaftungen bei Demonstrationen oder aufgrund eines nicht weiter definierten verdächtigen Verhaltens, basieren darauf, dass jemand eine schwere Straftat begehen *könnte*. Während in Bayern das Vorliegen einer wie auch immer gearteten "drohenden Gefahr" entsprechende polizeiliche Maßnahmen rechtfertigen soll, stehen im neuen Baden-Württembergischen Polizeigesetz alle im Fokus, deren „individuelles Verhalten die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet, dass sie innerhalb eines übersehbaren Zeitraums eine Straftat begehen" werden. Ob damit der polizeilichen Willkür ausreichend Schranken gesetzt werden, ist mehr als fraglich. Nun muss der Unschuldige seine Unschuld beweisen – ein in einem Rechtsstaat völlig widerrechtlicher Vorgang. Von jetzt an reichen bereits verdächtige Verhaltensweisen wie Hin- und Herlaufen auf einem Bahnsteig oder womöglich der falsche Gesichtsausdruck im falschen Moment, um von einer intelligenten Digitalkamera aufgezeichnet und analytisch bewertet zu werden. Videodrohnen bei Demos sind zur Zeit in der Testphase und dürfen angeblich nur bei möglichen Gewaltausbrüchen aktiviert werden. Die Polizeigewalt, die „präventiv" aufgefahrenen und schließlich massiv eingesetzten Wasserwerfer am 30.9.2010 im Schlosspark und eine Videodrohne bei einer Anti-AfD-Demo am 12.Mai in Feuerbach weisen darauf hin, wer in Zukunft als „Gefährder" gilt. Hamburg hat letztes Jahr die Staatsstrategie gegen linke Bewegungen im Rahmen des G20-Gipfels mit anschließenden monatelangen und teils immer noch währenden Verwahrungen demonstriert.

Protestbewegungen im Fokus

Die massive Aufrüstung in der BRD geht mit einer Militarisierung nach innen einher, um Proteste im Keim zu ersticken. Der Ostermarsch kann zum Bürgerkrieg umgestaltet werden, jegliches noch so friedliche Engagement gegen Rassismus sowie gewerkschaftlich organisierte Streiks können kriminalisiert werden, und hier und da verschwindet eben mal ein Genosse vom Infostand in die Verwahrung.
Diese Repressionsmaßnahmen sollen solange gehen, bis sich die Bevölkerung nur noch aus bewusstlosen Funktionierern zusammensetzt, die das Loblied auf die *ausgehebelte* freiheitlich demokratische Grundordnung singen.

DKP und junge Welt-Leserinitiative Stuttgart
laden ein zu

FRAU KAPITAL UND DR. MARX

Das **»Weber-Herzog-Musiktheater«** bringt den ersten Band des **Hauptwerks von Karl Marx – »Das Kapital«** – in 100 Minuten auf die Bühne: ebenso anschaulich, unterhaltsam, unakademisch und humorvoll wie tiefgründig und die Aktualität untersuchend. Das Stück greift wesentliche Inhalte vom »Kapital« auf: Ware, Gebrauchswert, Tauschwert, Ware Arbeitskraft, Mehrwert, Ursprüngliche Akkumulation. Die Musik von Christof Herzog setzt die Tradition von Kurt Weill und Hanns Eisler fort. Den Blick richtet das Ensemble auf die politischen Möglichkeiten der Gegenwart, denn darauf – so Marx – kommt es an.

In einer Zeit zunehmender Arbeitslosigkeit, gesteigerter Arbeitshetze, verschärften Drucks und wachsender Verunsicherung ist es für jeden hilfreich, sich mit diesem Werk zu beschäftigen. Jeder Mensch hat das Bedürfnis, sich von seinen Lebensumständen ein Bild zu machen. Wer stellt sich heutzutage nicht die Frage: Warum werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer? Woher kommt die Arbeitslosigkeit? Wieso gibt es so viele Obdachlose? Weshalb gibt es Kriege? Auf all diese Fragen findet man bei Marx im »Kapital« Antworten.

WANN:	Sonntag, 24. Juni 2018, 11:00 Uhr
WO:	Theater tri-bühne Eberhardstraße 61A, 70173 Stuttgart
KARTEN:	An der Theaterkasse tri-bühne Mo.-Sa. 17:00-20:00 Uhr Tel. 0711/23 64 610
EINTRITT:	15,- Euro / ermäßigt 8,- Euro